

DGB

DGB

Jugend
Hessen Thüringen

Extrem rechte Parteien und Kandidaturen bei den hessischen Kommunalwahlen 2021

Eine Infobroschüre der DGB Hessen Thüringen

Aktuelle Berichte über
Rechte Kandidaturen



Benno Hafeneger zur
Jugendpolitik der AfD



Was kannst du machen?



Vorwort

Rechts wählen? Keine Alternative für Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen

Bei den hessischen Kommunalwahlen, vom 6. März 2016, konnten die extrem rechten Parteien, aus unserer Sicht, erschütternde Erfolge verbuchen. Die NPD errang in ihren Hochburgen – der Wetterau und dem Lahn-Dill-Kreis – mittels zweistelliger Ergebnisse 23 Sitze in Kreistagen bzw. Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindebeiräten. Im Westen der Republik konnte kein anderer Landesverband der NPD in den vergangenen Jahren solche Erfolge vorweisen. Doch während die NPD in nur wenigen Kreisen überhaupt zur Wahl antrat, konnte die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) landesweit 11,9 Prozent verbuchen und damit drittstärkste Kraft in Hessen werden. Fünf Jahre später stellen wir wieder einmal fest: Die rechten Parteien haben nichts zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort beitragen können. Stattdessen zogen mit ihnen Hass, Hetze, Rassismus, Sexismus und Demokratiefeindlichkeit in die Parlamente ein. Gerade die selbsternannte „Alternative“ erwies sich zudem häufig als zerstrittener und zu Kompromissen unfähiger Haufen. Das Ergebnis: Landesweit hat die AfD im Schnitt fast ein Fünftel ihrer Sitze verloren. Einzelne Fraktionen haben sich gar halbiert oder wurden ganz aufgelöst. Zur anstehenden Wahl haben viele Kreis- oder Stadtverbände der AfD bisher nicht mal ein Wahlprogramm vorgelegt.

Gleichwohl nehmen wir diese Parteien weiterhin als Gefahr wahr. Als eine Gefahr für die Demokratie und als Gefahr für unser friedliches Zusammenleben in den Betrieben und in der Gesellschaft. Diese Parteien stehen mit ihren menschenverachtenden Ideologien und ihrer spalterischen Rhetorik im klaren Widerspruch zu unseren gewerkschaftlichen und demokratischen Grundwerten. „Rechts“ kann daher nie eine Alternative für Gewerkschaften sein. Ihrer Menschenverachtung und ihren Spaltungsversuchen stellen wir unsere Solidarität entgegen.

Wozu der von diesen Parteien gesäte Hass führen kann, mussten wir in Hessen in den vergangenen Jahren schmerzlich erfahren. Die Attentate von Hanau, Wolfhagen und Wächtersbach, als grausame Höhepunkte einer zunehmenden Gewalttätigkeit im rechten Spektrum in unserem Bundesland, haben offenbart: aus Worten können Taten entstehen.

Diesen Entwicklungen sowie ihren Urheber*innen treten wir weiterhin offen entgegen.

Diese Handreichung soll unseren Ehrenamtlichen in den Stadt- und Kreisverbänden hierzu als Hilfe dienen.



Michael Rudolph

Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen



Sandro Witt

Stellv. Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen

Inhalt

01 ⁰³
-

Rechte Parteien und Kandidat*innen

in der Kommunalwahl Hessen 2021

02 ¹⁷
-

Jugendpolitische Themen der AfD

von Benno Hafeneeger

03 ¹⁸
-

Hilfe holen

- Argumentationstraining
- Beratungsstellen
- Seminare
- Fortbildungen

04 ²¹
-

Aktiv werden

Aktionen und Argumenta-
tionshilfen gegen Rechts

05 ²⁴
-

Literatur Tipps

Handreichungen und weiterführende
Literatur zur extremen Rechten

03
-
16

03-04

Die NPD

05-06

Kleinstparteien mit (extrem) rechten Positionen und Akteur*innen

06-11

Die AfD

11-16

Was will die extreme Rechte kommunal?

Extrem rechte Parteien und Kandidaturen bei den hessischen Kommunalwahlen 14. März 2021

Die NPD

Die großen Erfolge der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sind lange her. In den späten 1960er Jahren, also wenige Jahre nach ihrer Gründung, saß sie in Hessen und sechs der neun weiteren westdeutschen Bundesländer im Landtag, 1969 aber scheiterte sie am Einzug in den Bundestag und verlor bis 1972 alle Landtagssitze, ebenso nahezu alle hessischen Kommunalmandate.

Bemerkenswerte Erfolge bei hessischen Kommunalwahlen erzielte die Neonazipartei erst ab 1989 wieder. Bekanntestes Beispiel war in den 1990er Jahren Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis), wo die NPD ihren Stimmenanteil von 6,7 Prozent (1989) auf 22,9 Prozent (1997) ausbauen konnte und sieben von 31 Gemeindevertreter*innen stellte. Dieser traurige Rekordwert war nicht zuletzt auf Versuche von CDU und anderen zurückzuführen, die NPD durch Zusammenarbeit einzuhegen. So ließ sich der damalige, parteilose Bürgermeister 1991 von CDU, FWG und NPD wiederwählen. Im Gegenzug bekam die unumstrittene ‚Nummer Eins‘ der NPD in Hessen, Doris Zutt, den Vorsitz im Umweltausschuss. Ab 1993 war die Partei mit einem Sitz im Gemeindevorstand vertreten. Ab 1997 saßen sogar zwei Männer im Gemeindevorstand, darunter mit Thomas Hantusch (Jg. 1966), der bis heute aktiv ist.

In den folgenden Legislaturen gingen die NPD-Erfolge in Ehringshausen zunehmend zurück, seit 2011 tritt die Partei dort gar nicht mehr an. Das Personal der 1990er Jahre spielt

aber nach wie vor eine zentrale Rolle, sowohl bei den Kommunalwahlen 2016, wie auch aktuell.

Der gebürtige Niedersachse Thomas Hantusch zählt seit den 1990er Jahren zum Stammpersonal der hessischen NPD. Er war zeitweise Landesvorsitzender des hessischen Jugendverbandes der NPD, Junge Nationaldemokraten (JN; seit 2018: Junge Nationalisten), später NPD und trat zudem in Sachsen-Anhalt zu Wahlen an. Bei den kommenden Kommunalwahlen in der Stadt Wetzlar zur dortigen Oberbürgermeister- und der Stadtverordnetenwahl sowie den Kreistag Lahn-Dill an. Schon jetzt fungiert er im Kreistag und der Stadtverordnetenversammlung (SVV) als Geschäftsführer der Fraktion. Sein Sohn Thassilo Hantusch zog 2016 ebenfalls in Kreistag und SVV ein und versucht nun seine Sitze zu verteidigen, im Kreistag als Spitzenkandidat. Als langjähriger Vorsitzender der JN trat er in die Fußstapfen seines Vaters. Thassilos Mutter, Regine Land, tritt nach ihrem Einzug 2016 nicht wieder für die SVV an.

Neben dem Lahn-Dill-Kreis erweist sich die Region Wetterau seit vielen Jahren als Hochburg der NPD. Zuletzt machte im September 2019 Stefan Jagsch in Altenstadt bundesweit von sich reden. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP wurde Jagsch als NPD-Vertreter im Ortsbeirat zum Ortsvorsteher des Ortsteils Waldsiedlung gewählt. Ein CDU-Mandatsträger erklärte die Wahl damit, dass „wir keinen anderen haben – vor allem keinen Jüngeren, der sich mit Computer auskennt, der Mails verschicken kann“. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurde Jagsch nach sechs Wochen wieder abgewählt.

Bei den Wahlen 2016 kam die NPD landesweit auf 0,3 Pro-

zent der Stimmen, was einem Rückgang von 0,1 Prozent zu 2011 entsprach. Betrachtet man nur die Gremien, zu denen die Partei antrat, kam sie auf beachtliche Erfolge: In Altenstadt (10,0 Prozent), Büdingen (10,2 Prozent) und Leun (11,2 Prozent) erhielt sie zweistellige Ergebnisse, in Wetzlar 7,8 Prozent. Gleiches gilt für die Ergebnisse bei den drei Ortsbeiratswahlen mit 8,45 Prozent in Büdingen-Wolf, 14,45 Prozent in Altenstadt-Waldsiedlung und 15,71 Prozent Leun-Stockhausen, die jeweils einen Sitz bedeutete. Insgesamt kam die Partei 2016 auf 23 Mandate.

Die Fraktion in der SVV Wetzlar ist mit fünf Mandaten die bundesweit größte der Partei. Mit Rainer Przybylski stellt sie auch einen Stadtrat im Magistrat. Die Fraktionen von Büdingen und Altenstadt im benachbarten Wetterau-Kreis gehören mit jeweils vier Sitzen ebenfalls zu den aktuell größten der NPD. Im Kreistag Main-Kinzig bildet der NPD-Verordnete Frank Ullmann mit dem ebenfalls allein gewählten REP-Landesvorsitzenden Bert-Rüdiger Förster die Kommunale Allianz-Fraktion (KAF). Allerdings verzichtet die NPD in 2021 hier auf eine Kandidatur.

Zusammenfassend lässt sich im Vergleich zwischen 2016 und 2021 sagen: Trat die NPD 2016 noch für elf Gremien an, sind es diesmal noch acht. Auch die Zahl der NPD-Kandidat*innen ist im Vergleich zu den letzten Wahlen von 174 auf 133 gesunken. Der Frauenanteil stieg dagegen leicht von 36 (20,7 Prozent) auf 31 (23,3 Prozent). Nach Abzug von Mehrfachkandidaturen (Kreis und/oder Gemeinden und/oder Ortsbeirat) zeigt sich der Personalrückgang deutlicher. Von 120 Personen (23 Frauen / 17,7 Prozent) sinkt die Zahl auf 83 (20 Frauen / 24,1 Prozent). Nur noch 30 (oder etwas mehr als jede*r Vierte) der Kandidierenden von 2016 treten auch diesmal für die NPD an. Zudem ist das Durchschnittsalter (zum Wahlzeitpunkt) von rund 48 Jahren auf rund 51 Jahre gestiegen.

Die Konzentration auf wenige Gremien kann als Ausdruck der seit Jahren zu beobachtenden desolaten Struktur der Partei in Hessen gewertet werden. Der Partei fehlen nach einer Gesetzesänderung infolge des NPD-Verbotsverfahrens zudem die Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung. Ob die Partei ihre Ergebnisse und Fraktionen halten kann, ist in Anbetracht der konkurrierenden AfD fraglich.

Denn dass es der NPD immer schwerer fällt, neben der AfD nicht überflüssig zu erscheinen, zeigen die Ergebnisse der Landtagswahl 2018. In Leun kam die NPD nur noch auf 1,06 Prozent, die AfD hingegen auf 19,79 Prozent. Ähnliche Werte ergaben sich auch in den anderen beiden, früheren NPD-Hochburgen Altenstadt und Büdingen, wo die NPD auf 1,08 bzw. 3,15 Prozent, die AfD auf 17,34 bzw. 17,28 Prozent kam. Bei den Landtagswahlen 2013 kam die NPD in den drei genannten Orten auf 3,01 bis 3,48 Prozent, die AfD auf 5,04 bis 5,22 Prozent.

Insgesamt brach die Zahl der NPD-Zweitstimmen im Ver-

gleich der Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2013 und 2018 von 33.395 (1,07 Prozent) auf nur noch 6.190 (0,21 Prozent) ein, während die AfD ihren Anteil von 126.419 (4,04 Prozent) auf 378.376 (13,14 Prozent) verdreifachte.

Die NPD reagierte darauf mit einer Mischung aus Resignation und Abgrenzung gegenüber der AfD. Unter den Slogans „Bevor alternative Seifenblasen platzen, lieber gleich das Original“ und „AfD-Wähler verschenken Mandate an Altparteien.“ wirbt sie etwa in Wetzlar um Wähler*innenstimmen aus dem Lager der AfD.

Die Themen der NPD

Die Debatten um die zwischenzeitliche Wahl Jagschs zum Ortsvorsteher und mehrere Saalveranstaltungen der NPD in Altenstadt, Büdingen und Wetzlar wurden durch die Partei in diversen Anträgen, Anfragen und Akteneinsichtsverfahren genutzt, um sich einerseits als Opfer zu gerieren und andererseits gegen Akteur*innen vorzugehen, die sich für eine freie Gesellschaft einsetzen.

Das inhaltliche Spektrum der NPD erweist sich als wenig überraschend: Die NPD Lahn-Dill-Kreis etwa bedient im Wahlkampf mit Forderungen nach einem „Ausländerrückführungsbeauftragten“ und zentraler Unterbringung von Asylbewerber*innen rassistische Ressentiments. Mit dem Slogan „Kein Muezzinruf im Lahn-Dill Kreis!“ knüpft sie an islamfeindliche Einstellungen an.

Ordnungsämter sollen „mehr für die Sicherheit eingesetzt werden, anstatt Bußgelder einzutreiben und den Bürger auszunehmen.“ Die NPD gibt sich hier als Partei der „kleinen Leute“, die sie gegen „die da oben“ verteidigt.

Am kommenden 1. Mai versucht sie, sich als „Kümmerer“-Partei zu gerieren. Dann möchte sie in Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis) unter dem Motto „Industriestandorte in Deutschland erhalten“ marschieren. Im Kreistag Lahn-Dill hatte die NPD-Fraktion im Januar 2020 in einem Resolutionsantrag zum selben Thema erklärt, dass im Landkreis „seit Beginn der hysterischen Klimadebatte“ schon 1.000 Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen der Autoindustrie verloren gegangen seien.

Kleinstparteien und parteiunabhängige Listen mit (extrem) rechten Positionen und Akteur*innen

Wie in anderen Teilen der Republik gab und gibt es auch in Hessen eine Vielzahl von Kleinstparteien und Wähler*innengemeinschaften, deren Politik oder Personal rechtskonservativ bis extrem rechts, teilweise auch neonazistisch zu verorten sind.

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind dabei so vielfältig wie die Listen selbst.

Einige von ihnen können seit einigen Wahlperioden große Erfolge aufweisen. Andere haben ihren Zenit längst überschritten.

Die Republikaner

Zu Letztgenannten gehört mittlerweile die Partei Die Republikaner (REP), die in ihrer einstigen Hochburg Hessen 2021 gerade noch für drei Gremien im Main-Kinzig-Kreis kandidieren. Die Chance auf Mandate haben sie wohl nur in Hanau, wo nahezu der komplette, aktuelle Landesvorstand lebt. Hatte die Partei bei den Kommunalwahlen 1993 auf Kreisebene noch 8,3 Prozent der Stimmen und auf allen Ebenen zusammen gut 280 Mandate erhalten, nahm ihr Anteil danach kontinuierlich ab. Bei den letzten Wahlen 2016 waren es auf Kreisebene gerade noch 0,2 Prozent der Stimmen und 4 Sitze. In Hanau holte die Partei mit 9,6 Prozent und 5 Mandaten ihr bestes Ergebnis. Von den in insgesamt vierzehn Gremien erreichten 21 Sitzen von vor fünf Jahren, gingen den REP seither einige durch Austritte verloren. In Kreis und Stadt Fulda steht mit den Bürgern für Osthessen (BfO) eine neue, von früheren REP-Funktionär*innen geführte Liste zur Wahl.

Bürger für Frankfurt

In Frankfurt am Main trat 2013 der Vorsitzende der Stadtfraktion der Freien Wähler, Wolfgang Hübner, in die AfD ein und brachte es zwischenzeitlich sogar zum stellvertretenden Sprecher des Landesverbandes. Im Herbst 2014 verließ Hübner die Partei wieder. Seine Fraktion nannte sich im März 2015 in Bürger für Frankfurt (BFF) um. Im Monat darauf wurden die BFF wegen der „zunehmend nach rechts tendieren-

den politischen Ausrichtung“ von den Freien Wählern ausgeschlossen.

Hübner machte aus seiner irrationalen Weltsicht keinen Hehl, als er im Frankfurter Römer eine Anfrage nach vorhandenen „Chemtrails“ stellte. Seine politischen Ansichten verbreitet er über das rassistische Portal PI-News.

Bei den Wahlen 2016 konnten die BFF mit 212 Kandidierenden drei Mandate im Römer und 21 in diversen Ortsbeiräten erlangen. Bei der Wahl des Magistrats 2016 kooperierten die BFF mit der AfD, wodurch Carl-Philipp zu Solms-Wildenfels (BFF) in den Magistrat einziehen konnte. Solms-Wildenfels tritt wieder für die BFF an. In diesem Jahr führt Mathias Mund die Listen der 184 Kandidierenden an.

die freien bürger

Ein Beispiel für erfolgreiche, extrem rechte Wähler*innengemeinschaften sind die freien bürger (dfb) um Dr. Heinrich „Heiner“ Kappel im Main-Taunus-Kreis. Der Theologe und Lehrer begann seine politische Karriere Anfang der 1970er Jahre in der FDP, für die er 1983 bis 1997 im Hessischen Landtag saß und es dort zum stellvertretenden Fraktionschef und parlamentarischen Geschäftsführer brachte. Kappel gehörte damals schon zum rechten Flügel der Partei um Alexander von Stahl.

Nach seinem Austritt aus der FDP wechselte er 1998 zum Bund Freier Bürger (BFB) und wurde bald zum Bundesvorsitzenden gewählt. Im Bundesvorstand des BFB fanden sich eine Reihe späterer AfD-Funktionäre wie Karl Albrecht Schachtschneider (Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung) oder Joachim Starbatty (2014 bis 2019 Europaparlament). Nach Auflösung des BFB im Jahr 2000 trat Kappel 2001 der extrem rechten Deutschen Partei (DP) bei. Auch dort wurde er Bundesvorsitzender. Die nationalistische und rassistische Ausrichtung der DP verdeutlichte sich auch durch den Beitritt einiger Funktionär*innen der Deutschen Volksunion (DVU).

Seit 2001 engagierte sich Kappel für die freien bürger, zu deren wichtigsten Funktionär*innen seine Tochter Julia Kappel-Gnirs zählt. In Bad Soden am Taunus holte der örtliche dfb-Ableger Bad Sodener Bürger (BSB) bei den Kommunalwahlen 2011 als zweitstärkste Kraft nach der CDU 21,4 Prozent der Stimmen und stellte damit acht von 37 Mandatsträger*innen und zwei Vertreter im Magistrat der Stadt. Fünf Jahre später waren es immerhin noch 13,9 Prozent und damit fünf Mandate und zwei Magistratsposten. Auch in Felsberg (Schwalm-Eder-Kreis) und Bad Flörsheim (Main-Taunus) sitzen schon seit Längerem Vertreter*innen der dfb in den Räten, darunter mit Harald Vogel ein weiterer, früherer DP-Funktionär.

Im Kreistag Main-Taunus beantragte dfb-Vertreter Heiner Kappel im Jahr 2015, der Kreis möge „jede gewaltlose, öffentliche und genehmigte Demonstration“ unterstützen. In der Begründung verweist er auf „Kundgebungen von ´Pegida` Ablegern oder Gruppierungen mit ähnlichen gesellschaftlichen Vorstellungen“. Neben der implizit positiven Bezugnahme auf extrem rechte Aufmärsche offenbart er dabei auch ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Demonstrationen werden nicht „genehmigt“. Das Versammlungsrecht ist ein Grundrecht, das nicht beantragt werden muss, sondern dessen Inanspruchnahme angemeldet wird.

Freie Liste Biblis

Die Freie Liste Biblis (FLB), aktiv im Landkreis Bergstraße, wird vom früheren REP-Kreistagsabgeordneten Hans-Peter Fischer geführt. Wegen seiner ablehnenden Haltung zur demonstrativen Abgrenzungspolitik der REP gegenüber NPD und DVU lieferte sich Fischer heftige Auseinandersetzungen mit dem damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Haymo Hoch. Fischer wurde schließlich 1999 aus der Partei ausgeschlossen.

Zu den Kommunalwahlen 2001 trat er erstmals mit der FLB an. Die damals sechs Prozent und zwei Sitze steigerte die Wählergemeinschaft 2011 auf 22,7 Prozent (fünf Sitze). 2016 konnte die FLB ihr Ergebnis auf 31,4 Prozent (sieben Sitze) ausbauen.

Beruflich ist Fischer eng mit Akteur*innen und Gruppierungen der extremen Rechten verbunden. Im Immobiliengeschäft tätig, ist er Eigentümer des Hotels „Neißeiblick“ im ostsächsischen Ostritz, wo seit einigen Jahren diverse Veranstaltungen der NPD stattfanden. Zuletzt fanden hier die vom langjährigen Neonazi-Kader Thorsten Heise organisierten RechtsRock-Festivals unter dem Titel „Schild & Schwert“ statt. Den aus halb Europa angereisten, bis zu 1.000 Ultrarechten wurden Rechtsrock und Kampfsport, Tattoo- und Verkaufsstände geboten.

Die FLB tritt zu den Wahlen zu den Kreistagswahlen im Landkreis Bergstraße diesmal nicht mehr an.

Unabhängige Wählergemeinschaft

In Mainhausen (Landkreis Offenbach) möchte die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) wieder in die Gemeindevertretung einziehen. Auf Platz drei kandidiert ihr Fraktionschef Gerald Wißler, der seit 2011 ein Mandat innehat. In früheren Jahren war Wißler DVU-Landesvorsitzender. Als Reaktion auf die erste Kandidatur Wißlers für die UWG

(2011) und als Zeichen der Distanzierung der Freien Wähler (FW) gegenüber der Personalie hatte sich die Freie Wählergemeinschaft (FWG) gegründet. Deren damaliger Chef Alexander Schloss sitzt heute selbst für die UWG im Rat und kandidiert wieder. Bei den Wahlen 2011 kam die UWG auf 11,1 Prozent, was 3 Sitzen entsprach. Vor fünf Jahren konnte sie ihr Ergebnis auf 16,5 Prozent oder vier Sitze steigern.

BIG

Das auch in anderen Bundesländern aktive Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG), das in Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden antritt, gilt als türkisch-nationalistisch und Erdoğan-nah. Im selben Milieu sollen sich auch das Forum Neues Offenbach (FNO) und andere Wähler*innen-gruppen bewegen.

Parteien aus Corona-Leugner*innen-Spektrum

Seit dem Frühjahr 2020 hat sich aus dem Spektrum der Corona-Leugner*innen ein unübersichtliches Gewirr von Geschäftsleuten, Organisationen und Parteien gebildet. In Hessen bewerben sich einige davon bei den Kommunalwahlen um Mandate. Darunter die Bürgerliste Weiterdenken Marburg (WDMR) (für die SVV Marburg und Kreistag Marburg-Biedenkopf) und die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis, Kreistag Limburg-Weilburg). Die Liste WeiterDenken20 in Roßdorf (Landkreis Darmstadt-Dieburg) wird von Dr. Andreas Haakh angeführt. Der Ingenieur wurde 2016 für die Grünen in den Gemeindevorstand gewählt, die ihm die Unterstützung im Spätsommer 2020 entzogen.

Die Alternative für Deutschland (AfD)

Für die AfD ist Hessen so etwas wie das Stammland. Anfang Februar 2013 trafen sich 18 Männer in Oberursel (Landkreis Hochtaunus), um die Partei zu gründen. Der damalige Gastgeber und zum Jahreswechsel 2020/21 aus der AfD ausgetretene Konrad Adam gehörte als einer von drei Sprechern dem zwei Monate später gewählten Gründungsvorstand an. Immer wieder nahmen hessische Vertreter*innen Spitzenpositionen auf Bundesebene ein, darunter Albrecht Glaser (zeitweise stellvertretender Sprecher auf Bundesebene und zeitweise auch Landesvorsitzender), oder aktuell Joana Cotar, die seit 2020 als Bei-

sitzerin im Bundesvorstand sitzt.

Einen starken Bezug nach Hessen hat auch der heutige Chef der Bundestagsfraktion und Ehrenvorsitzende der AfD, Alexander Gauland. Er wuchs in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) auf, ging nach dem Abitur 1959 in die BRD und studierte in Marburg und Gießen Jura. Nach ersten Jobs für die Bundesregierung und die Unionsfraktion im Bundestag führte ihn seine politische Karriere bei der CDU über den Magistratsdirektor von Frankfurt am Main 1987 schließlich als Chef der Hessischen Staatskanzlei nach Wiesbaden. Im Jahr 1991 wechselte er nach Brandenburg, wo er bis 2005 die zur Verlagsgruppe der FAZ gehörende Märkische Allgemeine Zeitung herausgab. Nach vierzig Jahren trat Gauland im März 2013 aus der CDU aus und wurde auf dem Gründungsparteitag im April in Berlin in den ersten Vorstand der AfD gewählt. Schon den Vorgänger, die Wahlalternative 2013, hatte er mit Lucke und anderen gemeinsam gegründet.

Auch der thüringische AfD-Fraktionschef Björn Höcke lebte in Hessen. Er ging nach dem Abitur von Rheinland-Pfalz zum Studium nach Marburg und Gießen. Bis zu seinem Einzug in den Landtag von Thüringen war er in Bad Sooden-Allendorf (Werra-Meißner-Kreis) als Lehrer für Geschichte und Sport tätig.

Nicht zuletzt durch die enge Beziehung zu Höcke wurde das Institut für Staatspolitik (IfS), ein selbsternannter „neurechter“ Thinktank um Götz Kubitzschek und seine aus Offenbach stammende Frau Ellen Kositzka einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Bis zum Umzug im Jahr 2000 hatten das heute in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) ansässige IfS und der mit diesem eng verwobene Verlag Antaios ihren Sitz in Bad Vilbel (Wetteraukreis).

Heute weitgehend vergessen, begann auch die Erfolgsgeschichte der AfD als parlamentarischer Partei nicht etwa mit dem Einzug in das Europäische Parlament im Mai 2014, sondern – von einzelnen Kommunalpolitikern abgesehen – im hessischen Landtag. Der für die FDP gewählte Jochen Paulus trat Anfang Mai 2013 in die kurz zuvor gegründete AfD über. Schon einen Monat später allerdings verließ er die neue Partei wieder, da er bei der Listenaufstellung für die Landtagswahlen nicht auf den gewünschten Platz 2 gewählt wurde.

Wenig später, im September desselben Jahres scheiterte die AfD mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen denkbar knapp. In Hessen holte die Partei mit 5,6 Prozent ihr bestes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland. Bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl hingegen konnte sie rund 50.000 Stimmen weniger nur 4,04 Prozent auf sich vereinen und die Fünf-Prozent-Hürde auch hier nicht nehmen. Fünf Jahre später zog die Partei in Hessen (12,1 Prozent) auch in den letzten Landtag ein.

AfD bei den hessischen Kommunalwahlen 2016

Im Vergleich zu den meisten Bundesländern hatte die AfD in Hessen nach ihrer Gründung mehr Zeit, ihre Strukturen in Vorbereitung zu den Kommunalwahlen 2016 auszubauen. Insgesamt standen 740 AfD-Kandidat*innen zur Wahl, darunter 161 Frauen (21,8 Prozent). Das Durchschnittsalter lag bei rund 56 Jahren.

Die AfD trat in fünf kreisfreien Städten, für alle Kreistage (mit Ausnahme des Werra-Meißner-Kreistages) und vier Ortsbeiräte mit 591 Personen an. Zudem standen AfD-Mitglieder auf der Liste der Wählergemeinschaft Lichtenfels (Landkreis Waldeck-Frankenberg).

Auf Kreisebene holte die AfD 257.277 Stimmen und konnte mit 11,9 Prozent der Stimmen erstmals in Hessen ein zweistelliges Landesergebnis für sich verbuchen. Damit wurde die AfD zur drittstärksten Kraft in Hessen. Die Ergebnisse lagen zwischen 5,8 Prozent (Vogelsbergkreis) und 15,9 Prozent (Landkreis Bergstraße). Von den 223 Mandaten auf dieser Ebene gingen nur 29 (13 Prozent) an Frauen.

In den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit AfD-Kandidatur kam die Partei auf durchschnittlich 10,5 Prozent und 56 Mandate, wovon nur 8 (14,3 Prozent) auf Frauen fielen. Das Minimum lag hier bei 5,8 Prozent in Bad Homburg v. d. Höhe, das Maximum bei 14,7 Prozent in Dietzenbach.

Im Ergebnis stellte der Landesverband Hessen damals mit 280 Mandaten mehr als die ostdeutschen Landesverbände zusammen (ohne Ostberlin), die zwei Jahre zuvor 271 Sitze holten.

Prominentes Personal 2021

Innerhalb des Landesverbandes der AfD Hessen, und damit auch auf den Listen zu den Kommunalwahlen, finden sich zahlreiche Personen, die nicht nur ideologische, sondern auch personelle Bezüge zu extrem rechten, antidemokratischen bis faschistischen Organisationen aufweisen. Eine besondere Rolle spielt hierbei, insbesondere der „Flügel“ der AfD. Auf den Listen zur Kommunalwahl finden sich zahlreiche Personen, die im Frühjahr 2015 das Gründungsmanifest des „Flügels“, die Erfurter Resolution, unterschrieben haben. Nachfolgend seien einige, aufgrund ihrer Funktionsrolle wichtige Personen, beispielhaft aufgeführt. Die hier dargestellten Informationen sind weithin bekannt, wurden medial immer wieder thematisiert und wären folglich auch für alle AfD-Mitglieder – sofern gewollt – erkennbar. Dass der Großteil der hier dargestellten Personen über Jahre innerhalb der AfD in Hessen an führenden Positionen sitzt und wieder-

gewählt wurde, kann daher als Akzeptanz oder gar Zustimmung der Partei-Basis zu ihren Positionierungen und Bezügen gewertet werden.

Einer der bekanntesten Namen auf den AfD-Listen in diesem Jahr dürfte Martin Hohmann aus Neuhoof (Landkreis Fulda) sein. Hohmann wurde 1998 für die CDU in den Bundestag gewählt und löste durch eine Rede zum Tag der deutschen Einheit 2003 die nach ihm benannte Affäre aus. Seine damalige Rede, in der er davon sprach, dass „die Juden“, „mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ [zu] bezeichnen“ wären, werteten viele Kritiker*innen als Relativierung der Verbrechen der Shoah. Einige Wochen später schloss ihn die CDU/CSU-Fraktion aus - im Juli 2004 folgte der Ausschluss aus der Partei. Im Jahr 2008 machte ein „Manifest der Deutschen“ die Runde. Darin stellten als Erstunterzeichner neben Martin Hohmann und anderen auch Heiner Kappel Forderungen nach einem „Europa der Vaterländer“ oder – weniger verklausuliert – der „Rückkehr“ zu einem Staatsbürgerschaftsrecht, das auf Abstammung statt auf Geburtsort basiert, auf.

Seit 2017 sitzt Hohmann für die AfD wieder im Bundestag. In Neuhoof, wo Hohmann viele Jahre Bürgermeister war, holte die AfD damals mit 22,0 Prozent der Zweitstimmen wie bei den Landtagswahlen 2018 (23,3 Prozent) ihr bestes Ergebnis in Hessen. Hohmann kandidiert aktuell wieder im Landkreis Fulda.

Gerade der Kreisverband Fulda, in dem Martin Hohmann eine prägende Rolle spielt, weist eine deutliche Nähe zu den Positionen und Personen des vom Verfassungsschutz auf Bundesebene und seit Anfang 2020 in Hessen beobachteten „Flügel“ auf. Zum Personenkreis im Kreisverband Fulda mit ehemaligen oder aktuellen Bezügen zu extrem rechten Strömungen und Ideologien zählen weitere, führende Personen. Zu diesen zählt Jens Mierdel, der erneut für den Landkreis Fulda kandidiert. Mierdel war zeitweise Bezirksleiter der Identitären Bewegung Hessen und seit Anfang 2019 Vorsitzender der Jungen Alternative (JA) Hessen. Infolge der Wahl des Landesvorstandes der JA, im Januar 2019, verkündete das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) die Beobachtung der JA Hessen.

Neu auf der Liste für den Kreistag in Fulda ist Christine Anderson. Auch die ehemalige Pegida-Rednerin unterzeichnete im Frühjahr 2015 die „Erfurter Resolution“. Vor der formalen Auflösung des „Flügels“ galt sie als dessen „Obfrau“ in Hessen. Auf dem letzten offiziellen „Flügel“-Treffen, dem „Kyffhäuser-Treffen“ im Juli 2019, hielt sie eine flammende Rede auf Björn Höcke. Im Jahr 2019 zog sie als Abgeordnete in das Europäische Parlament ein.

Auch der Landtagsabgeordnete Frank Grobe, derzeit parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag, nahm an Kyffhäuser-Treffen teil. Grobe kandidiert für den Kreistag im Rheingau-Taunus sowie die SVV in Eltville. Ebenfalls auf der Liste im Rheingau-Taunus-Kreis

sowie der Stadt Taunusstein steht mit Bernd Korbach ein ehemaliges Mitglied der REP, die von 1992 an (bis 2006) vom Verfassungsschutz beobachtet wurden. Korbach saß für die REP in Taunusstein sowie im Landkreis in den Parlamenten und war Landesvorsitzender sowie Mitglied im Bundesvorstand der REP.

Ein ebenfalls als besonders rechts einzustufender Stadt- und Kreisverband ist der aus Offenbach. Angeführt wird die Liste für die SVV Offenbach von Christin Thüne. Gegen Thüne wurde wegen mutmaßlicher extrem rechter Äußerungen ein Ausschlussverfahren eingeleitet, gegen das Thüne erfolgreich klagte, da das Bundesschiedsgericht die Frist gegen ihren Widerspruch verstreichen ließ. Auf Platz 2 der Liste findet sich hinter Thüne mit Hans-Joachim Münd ein ehemaliger Abgeordneter der REP. Nach dem Einzug für REP bei der Kommunalwahl 2016 wechselte Münd zur AfD-Fraktion.

Neu auf der Liste für den Kreistag Offenbach steht Carsten Härle, der immer wieder aufgrund seiner Postings auffiel. Zudem nahm er an Treffen teil, bei denen auch Neonazis und Holocaustleugner anwesend waren, so beispielsweise im Juni 2019 in NRW. Härle, der zudem die Liste für die SVV Heusenstamm anführt, wird wie keine andere Person aus Hessen im Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die AfD von 2019 aufgeführt. U.a. sieht es das BfV als erwiesen an, dass er Bundeskanzlerin Merkel in einem Posting unterstellt, für einen angeblichen „Genozid gegen Deutsche“ verantwortlich zu sein, und vergleicht ihr Handeln in der Asylfrage mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Härles Postings zur deutschen Geschichte, so das BfV, überschritten zudem „die Grenze zum rechtsextremistischen Revisionismus mehrmals“. Zahlreiche weitere Beispiele dieser und ähnlicher Art ließen sich anführen.

Die wohl bekannteste Person im Kontext der „Neuen Rechten“ im hessischen Landesverband ist der Landtagsabgeordnete Andreas Lichert, der auf dem Wahlzettel für den Kreistag Wetterau steht. Lichert, auch Mitglied im Landesvorstand, machte im Frühsommer 2017 Schlagzeilen, weil sein Name als Bevollmächtigter für den Kauf eines Hauses in Halle (Saale) auftauchte. Die mittlerweile ebenfalls vom BfV beobachtete, völkisch-rassistische Initiative Einprozent für unser Land kündigte an, das Hausprojekt in Halle (Saale) solle neben dem Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda und der Bibliothek des Konservatismus in Berlin ein neuer „Leuchtturm“ der „Neuen Rechten“ werden. Finanziert wurde der Kauf vom Gründer der Titurel-Stiftung, Helmut Englmann. Zweck der Stiftung ist im Wesentlichen die Förderung der Arbeit des IfS, eine Kontaktadresse in Bad Nauheim verweist auf Lichert. Lichert war wiederum mehrere Jahre Vorsitzender des IfS-Trägervereins Verein für Staatspolitik, ehe er im Sommer 2018 sein Amt vor der Landtagswahl nieder-

legte. Besagtes Haus in Halle wurde zum Hauptquartier des regionalen Ablegers der Identitären Bewegung, Kontrakultur, und entwickelte sich zum überregionalen Anlaufpunkt der Szene, ehe es nach Protesten aus der Zivilgesellschaft Ende 2019 geschlossen wurde.

Innerhalb der AfD Hessen – deutlich stärker noch innerhalb der Jungen Alternative – wiesen außer Lichert, der auf Veranstaltungen des IfS beispielsweise mit dem Kopf der Identitären Bewegung Österreichs, Martin Sellner, diskutierte, immer wieder Mitglieder, aber auch Mandatsträger*innen, Bezüge zur Identitären Bewegung auf. Einer, der nun erneut für einen Sitz im Landkreis Gießen kandidiert, ist Armin Langhammer. Dieser hielt im Dezember 2015 auf einer Kundgebung der Identitären Bewegung in Gießen ein Banner der Gruppierung. Nach Bekanntwerden dieser Beteiligung legte Langhammer, nach Eigenangaben aus anderen Gründen, sein Mandat im Kreistag nieder.

Nach der offiziellen Auflösung des „Flügels“ auf Bundesebene, erfolgte die Erklärung zur Auflösung auch des hessischen Ablegers im März 2020 (siehe hierzu ausführlich die in der Literaturliste angeführten Interviewvideos). Neben Andreas Lichert wandten sich Heiko Scholz (Kandidat für den Kreistag im Main-Taunus-Kreis) und Christine Anderson an die „Flügel“-Mitglieder in Hessen. Scholz´ wiederkehrende, öffentliche Auftritte mit prominenten „Flügel“-Leuten, jüngst im Februar 2021 in Offenbach, unterstreichen die mediale Einschätzung von Scholz als Unterstützer des völkischen Netzwerks. Scholz ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion und stellvertretender Landessprecher der AfD in Hessen. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Dimitri Schulz (Kandidat für die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung) und Gerhard Schenk (Kandidat für den Kreistag Hersfeld-Rothenburg) bekundete Scholz in Berlin seine Solidarität mit Demonstrierenden im Regierungsviertel am 18. November 2020. Die Demonstration aus dem Spektrum der Corona-Leugner*innen richtete sich gegen das Infektionsschutzgesetz, das Scholz in einem Posting, in Anlehnung an die Gesetzgebung zur Ausschaltung sämtlicher Opposition durch die Nationalsozialisten 1933, „Ermächtigungsgesetz 2.0“ nannte.

Der erwähnte Dimitri Schulz steht immer wieder aufgrund seiner Nähe zu Björn Höcke in der Kritik. Ebenso wie Scholz sollte Schulz im Februar 2021 in Offenbach, wie bereits zuvor im März 2020 in Höxter, mit Björn Höcke öffentlich auftreten. Bemerkenswert ist, dass der Mitgründer der Gruppierung Juden in der AfD in seiner Rede zur Wahl für die Liste zur Landtagswahl 2018 von einem „Genozid an den Deutschen in der Sowjetunion“, über den jedoch geschwiegen werde, sprach. Schulz behauptete, vor dem Zweiten Weltkrieg seien „hunderttausende Deutsche in Gulags und Vernichtungslagern“ aufgrund ihres „Deutsch-Seins“ umgebracht worden.

Daran gelte es ebenso zu erinnern wie an die „positiven Aspekte [der] deutschen Geschichte, die bei weitem alles Negative überwiegen“ würden. Semantische Parallelen zur Gaulands „Vogelschiss“-These drängen sich hier geradezu auf. Für Aufmerksamkeit sorgte zudem Schulz´ Verhalten auf dem Kongress der Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD, in Magdeburg im August 2017. Schulz klatschte Beifall, als Jan von Flocken in seiner Rede den verurteilten Holocaust-Leugner und langjährigen NPD´er, Horst Mahler, einen „politischen Gefangenen“, der BRD nannte. Schulz behauptete im Nachgang, nicht gewusst zu haben, wer Mahler sei.

Wie erwähnt, finden sich zahlreiche Personen auf den Listen der AfD, die zu den hessischen Erstunterzeichner*innen der „Erfurter Resolution“ gehörten. Zu den bekanntesten zählen der Landtagsabgeordnete Arno Enners (Kandidat für Stadt und Landkreis Gießen), der ehemalige Landessprecher Peter Münch (Kandidat für die SVV Bad Homburg) sowie der Landtagsabgeordnete Rolf Kahnt (Kandidat Stadt Bensheim und ebenfalls Mitglied des Landtages), der Ende des Jahres 2020 aufgrund interner Querelen aus der Landtagsfraktion der AfD geworfen wurde. Kahnt hatte nach der Kommunalwahl 2016 der Zeitschrift „Zuerst!“ ein Interview gegeben. Die Zeitschrift „Zuerst!“ kann als Spektren übergreifendes Organ der extremen Rechten bezeichnet werden. Herausgeber ist Dietmar Munier, der seit vielen Jahren extrem rechte Publikationen veröffentlicht.

In der Zeitschrift kommen völkische Burschenschaftler, „Identitäre“, wie auch Politiker*innen deutscher und internationaler Rechtsaußenparteien, bis hin zu NPD-Mitgliedern und Neonazis der „Autonomen Nationalisten“, zu Wort.

Das BfV nimmt in seinem oben erwähnten Gutachten außer Carsten Härle auf kein anders hessisches Mitglied so häufig Bezug, wie auf Jan Nolte. Das BfV kommt bei der Bewertung von Noltes Postings und Reden zu der Einschätzung, dass dieser „die Nation augenscheinlich als ethnisch homogenes Kollektiv betrachtet, welches durch den Zuzug von Migranten langfristig so durchmischt werde, dass dies einer ‚Abschaffung‘ derselben gleichkomme.“ Nolte zog 2017 in den Bundestag ein, war langjähriger JA-Vorsitzender in Hessen und kandidiert für den Kreistag im Landkreis Waldeck-Frankenberg und den Gemeinderat Battenberg (Eder). Bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte Nolte, als er eine Person als persönlichen Referenten im Bundestag einstellte, die zu diesem Zeitpunkt als mutmaßlicher Unterstützer des unter Terrorverdacht stehenden Soldaten Franco A. geführt wurde.

Im Vorfeld der Wahlen sorgte die Nominierung von zwei Personen für eine derart starke mediale Aufregung, dass die AfD sich hierauf zur Reaktion genötigt sah. Mit Patrick Pana wählte der Wiesbadener Stadtverband ein langjähriges Landesvorstandsmitglied der – bereits vom LfV Hessen beobachteten, „Jungen Alternative“ auf Platz acht. Panas Nähe zur Strömung der „Neuen Rechten“ war bis dato gut dokumentiert. Noch im April 2020 diskutierte Pana als gleichberech-

tigter Partner mit dem Chef der IB Österreich, Martin Sellner, in einem Szene-Podcast über die politischen Strategien der „Neuen Rechten“. Fotos vom März 2018 zeigen Pana im Block mit Identitären auf einer rassistischen Demonstration in Kandel (Rheinland-Pfalz). Er nahm an Akademien des mittlerweile vom BfV beobachteten IfS sowie an einer Veranstaltung der extrem rechten Burschenschaft Germania Marburg teil. Auf seinem Twitter-Kanal bekundet er regelmäßig seine Nähe und Solidarität zu oben genannten Strömungen und Gruppierungen der „Neuen Rechten“.

Auf Platz 15 der AfD-Liste für den Kreistag Kassel steht mit Christian Willi Wenzel ein bekannter Neonazi aus Nordhessen. Wie die antifaschistische Gruppe task berichtete, gehörte er Ende der 1990er Jahre zum mittlerweile verbotenen Netzwerk Blood & Honour und war später Chef der Kameradschaft Kassel. Im Jahr 2017 wurde er im NSU-Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag als Zeuge vernommen. Sein Stiefbruder Benjamin Gärtner war V-Mann des Verfassungsschutzes, der wiederum vom damaligen Mitarbeiter des LfV, Andreas Temme, geführt wurde. Wenzel ist auch mit dem Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, Stephan Ernst, gut bekannt. Auch Ernst hatte sich der AfD zugewandt. Er hatte mehrfach an Demonstrationen in Thüringen, Stammtischen in Nordhessen teilgenommen und für die Partei gespendet.

Noch im Januar war Wenzel als Reservist bei der Kontaktpersonverfolgung im Gesundheitsamt des Landkreises Vorpommern-Greifswald in Pasewalk eingesetzt. Am Tag nach dem task-Bericht soll Wenzel aus dem Dienst entlassen und ihm sein Dienstgrad als Oberstabsgefreiter aberkannt worden sein.

Um Schadensbegrenzung bemüht, annullierte die AfD Wenzels Mitgliedschaft. Da der zuständige Wahlausschuss die Liste schon zugelassen hatte, wird Wenzel dennoch auf den Wahlzetteln stehen. AfD-Kreischef Kohlweg habe ihm angeboten, wieder Mitglied werden zu können, „wenn Gras über die Sache gewachsen“ sei, berichtete Wenzel in Interviews.

Die Auswirkungen der Beobachtungen durch den Verfassungsschutz

Durch die vielen Wahlerfolge der AfD in den vergangenen Jahren wurde die Partei, vor allem für Kandidierende und Mandatsträger*innen anderer (extrem) rechter Parteien zunehmend attraktiv. Wie bereits erwähnt, erhielt die AfD Zulauf von ehemaligen Mitglieder aus nahezu allen extrem rechten Parteien, aber auch von Personen, die zuvor in demokratischen Parteien engagiert waren.

In Hessen trat beispielsweise im November 2018 der SPD-Stadtverordnete und Ortsbeirat Meysam Ehtemai aus Limburg der AfD bei. Bis dahin war Meysam zudem Vorsitzender des Ausländerbeirats in Limburg. Mittlerweile hat er seine Mandate niedergelegt, arbeitet für die AfD-Landtagsfraktion und kandidiert für den Kreistag und die SVV. Zudem stellt er sich der Oberbürgermeister*innenwahl von Hanau.

Auch der BFF-Spitzenkandidat (siehe oben) von 2016, Patrick Schenk, wechselte zur AfD und führt 2021 die Kandidat*innenliste in Frankfurt an.

Doch die zwischen 2019 und 2021 erfolgten Einstufungen der Jungen Alternative (JA) und einiger Landesverbände der AfD durch den Verfassungsschutz als sogenannte „Verdachtsfälle“ sowie des „Flügels“ als „erwiesen rechtsextremistische Bestrebung“, haben für einige Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gesorgt.

Die heftigen Debatten etwa zwischen den beiden Bundessprechern Jörg Meuthen und Tino Chrupalla oder die wegen zu offenem Zeigen menschenverachtender Ideologie punktuell tatsächlich umgesetzten Parteiausschlüsse zeigen, welche Angst die Partei vor einer Beobachtung der Gesamtpartei hat.

Seit 2019 gab es unterschiedlichen Quellen zufolge bundesweit mehrere tausend Austritte. Auch in Hessen verzeichnete der Landesverband - nach einem steten Anstieg seit 2018 auf rund 3.100 Mitglieder - den Austritt von 475 (plus 125, denen die Mitgliedschaft aufgrund fehlender Mitgliedsbeiträge gekündigt wurde). Schätzungsweise mehrere hundert AfD-Mandatsträger*innen haben, offenbar - und teilweise sogar offen so kommuniziert - aus Angst vor beruflichen Schwierigkeiten infolge der Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter (vor allem Beamte), die Partei oder die Fraktionen verlassen.

Auch bei den AfD-Vertreter*innen in den hessischen Gremien gibt es eine hohe Fluktuation. Fast einhundert der Gewählten haben ihr Mandat nicht mehr inne. Mehr als einhundert weitere wollten oder konnten - etwa wegen Wegzugs - nicht nachrücken oder haben mittlerweile ebenfalls ihre Sitze niedergelegt. Mindestens elf der Mandate sind mangels Nachrückenden unbesetzt. Im Schnitt haben die Fraktionen rund 15 % ihrer Sitze in den Kreistagen und den kreisfreien Städten verloren. Einige Fraktionen haben rund die Hälfte ihrer Mitglieder - oft infolge von internen Querelen - verloren, einzelne haben sich ganz aufgelöst.

Vermutlich vor oben genannten Hintergründen erwies sich auch die Kandidat*innen-Suche für die AfD teilweise schwierig. So musste die AfD trotz angekündigter Antritte auf Listen in zahlreichen Städten verzichten, darunter Hanau, Stockstadt (Landkreis Groß-Gerau), Baunatal und Liebenau (Landkreis Kassel), Driedorf (Lahn-Dill-Kreis), Nid-

derau (Main-Kinzig), Bad Soden am Taunus und Flörsheim am Main (Main-Taunus), Langen (Landkreis Offenbach), Lorch (Rheingau-Taunus), Wartenberg (Landkreis Vogelsberg) oder Hungen-Villingen (Landkreis Gießen). In Fulda-brück (Landkreis Kassel) haben mittlerweile alle drei der im Jahr 2016 Gewählten ihre Mandate niedergelegt und sich offenbar keine neuen AfD-Kandidierenden gefunden. Auch in Dreieich (Landkreis Offenbach) tritt die Partei nicht an, obwohl sie dort noch drei Mandate hat.

Seitens der Partei werden die Gründe hierfür jedoch meist im Agieren der politischen Gegner („Altparteien“), der Medien („Lügenpresse“) oder Zivilgesellschaft („die Antifa“) ausgemacht. So würden viele potentielle Kandidierende sich nicht trauen, weil sie Angst vor gesellschaftlicher Stigmatisierung und Gewalt hätten.

Die Aufstellung der AfD vor den hessischen Kommunalwahlen

Trotz der genannten Schwierigkeiten ist die AfD diesmal auf allen 26 Wahlzetteln der Gremien auf Kreisebene vertreten. Außerdem hat sie in 50 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie 13 Ortsteilen Bewerber*innen gefunden. Insgesamt stehen auf den AfD-Listen für dieses Jahr 1.139 Kandidierende, darunter 260 Frauen (22,8 Prozent). Die Kandidaturen verteilen sich auf 884 Personen, darunter 199 Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 59 Jahren, mehr als zweieinhalb Jahre höher als 2016. Lediglich 38 Personen sind unter 30, 48 dagegen über 80, vier sogar über 90 Jahre alt. Von den 740 AfD-Kandidat*innen vor fünf Jahren bewerben sich nur 255, also gut jede*r Dritte in diesem Jahr wieder (darunter nur 39 Frauen). Die Fluktuation innerhalb der Fraktionen und der Mitgliederverlust spiegeln sich also auch hier wieder. Ein besonders prägnantes Beispiel stellt die Liste für die SVV der Stadt Bensheim dar: Außer dem Listenführer Rolf Kahnt sind alle nachfolgenden Kandidat*innen von Listenplatz zwei bis zehn neu. Einige sogar ohne Parteibuch.

Weiterhin bleibt die AfD – auch in Hessen – eine Partei, in der Frauen deutlich unterrepräsentiert sind und tendenziell eher auf hinteren Listenplätzen stehen. Ausnahmen bilden acht der 89 Listen, auf denen Frauen an erster Stelle stehen, 45 weitere finden sich noch im ersten Drittel. Auf 13 Listen kommen Bewerberinnen erst im hinteren Drittel an die Reihe, auf 16 Listen steht gar keine Frau.

Sollte die Partei ungefähr ihren Wert aus der aktuellen Sonntagsfrage zu Hessen (zuletzt 8 %; Stand Dezember

2020 bei Infratest-dimap) erreichen, könnte sie die Zahl ihrer Mandate – aufgrund der im Vergleich zu 2016 deutlich breiteren Aufstellung von Listen für SVV und Gemeindevertretungen – auf fast 400 ausbauen.

Was will die extreme Rechte kommunal?

Im Januar 2018 – die AfD saß schon in vierzehn Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament – hielt Björn Höcke in Eisleben (Sachsen-Anhalt) eine Rede, in der er zwischen islamfeindlichen Tiraden auch seine Machtfantasien durchblicken ließ und eine Art rechte Graswurzelrevolution für den reaktionären Umbau der gesamten Gesellschaft ankündigt. Für diesen Umbau nimmt die kommunale Ebene, aus Sicht von Höcke eine zentrale Bedeutung ein:

„Unsere zukünftige Volkspartei ist die letzte Evolutionäre Chance für unser Vaterland [...]. Wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen, dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist, damit wir auch in Zukunft noch unser freies Leben leben können.“

Von den Medien weitgehend unbeachtet, nahm er auch auf die im Jahr danach in zehn Bundesländern folgenden Kommunalwahlen Bezug: „Liebe Freunde, jenseits der Parlamente, jenseits der Verwaltungsapparate dieses Staates wird der Zeitgeist geprägt. Und nur wenn man den Zeitgeist beherrscht, kann man die kulturelle Hegemonie erwerben, und nur wenn man die kulturelle Hegemonie erworben hat, wie das die 68er und in Folge die Alt-68er getan haben, kann man irgendwann und wirklich langfristig die politische Macht erwerben. Das heißt, wir müssen rein in die bürgerliche Gesellschaft – und das wäre eine Bitte, die ich heute Abend hier zum Ausdruck bringen will: Wir Patrioten, liebe Freunde, wir müssen rein, wir müssen rein in die Schützenvereine, wir müssen rein in Jagdgenossenschaften, wir müssen rein in die Kirchengemeinden, wir müssen rein in die Kirmesgesellschaften, da müssen wir überall rein, um uns die bürgerliche Gesellschaft zurückzuholen, und wir werden uns die bürgerliche Gesellschaft zurückholen. Und parallel dazu müssen wir natürlich die politische Gesellschaft durchdringen. Die AfD ist ja von oben nach unten mit den großen Themen gewachsen, und zwar so schnell und kräftig gewachsen wie keine andere Partei vor ihr seit 1945. Eine unglaubliche, ja als historisch zu bezeichnende Erfolgsgeschichte, auf die wir zurückblicken können als AfD. Und jetzt, liebe Freunde, muss ein gegenläufiges Wachstum erfolgen: von unten nach oben. Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen und ich glaube, die heutige Veranstaltung dient ja auch dazu, den Kommunalwahlkampf hier in Sachsen-Anhalt – und in Thüringen werden wir ihn auch in Kürze eröffnen – entsprechend zu

starten. Wir müssen überall dort, wo wir gute Leute haben – und die Betonung liegt auf gute Leute, denn Qualität ist der Quantität vorzuziehen – überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.“

Mit Mandatsträger*innen von den Kreistagen bis zu den Ortsbeiräten, mit Vertreter*innen in Gemeindevorständen und Magistraten, aber auch in Senior*innenbeiräten oder Sozialhilfekommissionen, bekommt die AfD vor Ort Gesichter. Sie wird ansprechbar und bekommt Raum für die Verbreitung ihrer Ideologie. Zudem können, im Gegensatz zur Landes-, Bundes- und Europaebene, lokale Defizite aufgegriffen und direkt in die Gremien getragen werden. Häufig gelingt es der AfD, sich damit als Kümmerin und einzige ‚wirkliche Opposition‘ vor Ort zu gerieren.

Nicht zuletzt kommen in den Fraktionen der Kreistage und Räte der größeren Städte hauptamtliche Mitarbeitende hinzu. Diese können sich schließlich voll und ganz auf den Ausbau der Strukturen und den Kampf um die ‚kulturelle Hegemonie‘ vor Ort konzentrieren.

Auch wenn sich AfD-Politiker*innen auf kommunaler Ebene tatsächlich auch mit konkreter Sachpolitik auseinandersetzen, so gilt für die AfD-Mandatsträger*innen in der Regel, so wie für alle extrem rechten Politiker*innen und Parteien, dass sie von einem ideologischen Weltbild geprägt sind, welches sie regelmäßig versuchen, auf alle Bereiche der Gesellschaft zu übertragen, ob im Bereich der Sozialpolitik, dem Umweltschutz, der Haushalts-, Gesundheits- oder Kinder- und Jugendpolitik. Dies spiegelt sich in vielen Anträgen, Anfragen sowie in Redebeiträgen wider. Wo es eben noch um Busfahrpläne, die Aufstellung von Mülleimern, den Erhalt von Sportplätzen, der Ausbesserung von Straßenschäden oder ähnlichem geht, folgt im nächsten Beitrag die Behauptung des „Großen Austausches“, der „Islamisierung unseres Alltages“, die Diffamierung durch die lokale „Lügen-Presse“ und „Altparteien“, oder den Kampf gegen Autofahrer durch eine „Diesel-Hysterie“.

Das heißt: die Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD, wie sie in den (kommunalen) Wahlprogrammen oder dem Grundsatzprogramm der Bundespartei verankert sind, erweist sich als notwendig, um dieser adäquat begegnen zu können. Insbesondere die breite Verankerung der AfD auf kommunaler Ebene macht deutlich, dass der Umgang mit der extremen Rechten nicht nur ein Thema für Spezialist*innen sein darf, sondern Querschnittsaufgabe für alle.

Die Arbeit der (extremen) rechten in den Kommunen und Kreistagen

Im Nachfolgenden soll hierfür ein cursorischer Überblick über die Arbeit der AfD sowie der NPD in den hessischen, kommunalen Gremien gegeben werden, wie sich diese seit 2016 dargestellt hat.

„Kümmerer-Partei“

Ein zentrales Narrativ extrem rechter Parteien ist die Selbstdarstellung als diejenige, die als Einzige den Willen der viel beschworenen „kleinen Leute“ aufgreifen würde. Auf kommunaler Ebene wird dies immer wieder dort transportiert, wo es scheinbar um die Reparatur einer Parkbank, Schäden an einem bestimmten Fußweg oder Müll auf einem Spielplatz drehen. Doch klingen die Forderungen auch noch so harmlos und oft sogar nachvollziehbar: Sie dienen immer auch der Vermittlung der großen Agenda sowie der Delegitimierung der sog. „Altparteien“.

Häufig werden auch partizipative Elemente angemahnt. Damit lässt sich zum einen Bürger*innennähe suggerieren. Zum anderen kann sich die Partei als basisdemokratisch gerieren, in dem sie auf tatsächliche, partizipative Defizite hinweist. In Kassel etwa beantragte die AfD im Mai 2019 die „Einführung einer Satzung über die Durchführung von Einwohnerbefragungen und einer Bürgerbefragungs-App“. So sollten vor einer Abstimmung „ein Stimmungsbild über kommunalpolitische Themen und Projekte direkt bei den Bürgern“ eingeholt werden. In Büdingen beantragte die NPD im Sommer 2019 eine Kürzung der Aufwandsentschädigungen der Stadtverordneten. Ähnliche Anträge gab es auch von der AfD. Der zu erwartenden Ablehnung durch die Mehrheit der Parteien folgt die Kritik an der generell unterstellten „Selbstbedienungsmentalität“ der „Altparteien“.

Sozialpolitik

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge ist eine elementare Aufgabe der Politik. Auch wenn in den Kommunen kein direkter Einfluss auf die gesetzlichen Regelungen genommen werden kann, befassen sich doch sehr viele der hier zu treffenden Entscheidungen mit sozialen Fragen. Im Vordergrund der Sozialpolitik der extremen Rechten steht, einen Keil zwischen die „deutsche Bevölkerung“ und geflüchtete Menschen zu treiben. Um diese Gruppen rassistisch gegeneinander auszuspielen, stellen rechte und extrem rechte Parteien vermehrt Anfragen zu den Sozialleistungen in den Kommunen und den finanziellen Mitteln, die für

die Geflüchtetenhilfe ausgegeben werden.

Immer wieder wird in Anträgen die Unterbringung von Geflüchteten in Verbindung mit bestehender Obdachlosigkeit gebracht und zumindest implizit ein kausaler Zusammenhang konstruiert. So stellte die AfD im Kreistag des Main-Taunus-Kreis im Mai 2017 den Antrag, „Wohnraum, der nicht mehr von Flüchtlingen genutzt wird“, solle „bedürftigen Menschen, wie z.B. Obdachlosen, zur Verfügung gestellt werden“. Die AfD in der SVV Heusenstamm (Landkreis Offenbach) wollte im November 2017 nicht nur „ungenutzte Kapazitäten in Flüchtlingsunterkünften“ für Obdachlose öffnen, sondern auch die „umfangreichen für ausländische Migranten (‘Flüchtlinge’) zur Verfügung stehenden Integrationsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen und Einrichtungen für Obdachlose“ öffnen.

Im Kreistag Bergstraße erfragte die AfD in einem ihrer ersten Anträge, im August 2016, ob „Asylbewerber in den Tafeln des Landkreises ein und ausgehen“, und welche Maßnahmen gegen den behaupteten „Missbrauch durch Asylbewerber“ ergriffen würden.

Wohnungsbau

Geradezu zynisch erscheint die Logik, dass Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, ihre Wohnung kaufen sollten. In verschiedenen Kommunalwahlprogrammen und Gremien forderte die AfD, so die Fraktion im Kreistag Bergstraße, privaten Wohnungsbau zur Bildung von Eigentum mit einem extra zu bildenden Netzwerk zu fördern. Die AfD Neu-Isenburg (Landkreis Offenbach) wollte zum selben Zweck, dass zinsfreie Darlehen vergeben werden.

Demgegenüber richtet sich die AfD immer wieder gegen kommunal geförderten Wohnungsbau: In der SVV von Oberursel (Hochtaunuskreis) argumentierte die Fraktion im Juni 2017 mit einem Antrag gegen die Schaffung einer Wohnungsbaugesellschaft für den Bau von Sozialwohnungen. Folgen wären angeblich ein Realverlust der Stadt durch den

internen Grundstücksverkauf unter Marktwert und gar die „Schaffung von Ghettos“. Vorzuziehen sei die Einführung eines kommunalen Wohngeldes. Im Kreis Kassel forderte die Partei im März 2019, „sämtliche Aktivitäten zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit sofortiger Wirkung einzustellen.“ Die AfD Lahn-Dill lehnte im Februar 2019 einen Antrag der Linken zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft ab und begründete dies u.a. damit, „dass bezahlbarer Wohnraum für Deutsche mit kleinem Geldbeutel knapper werde.“ Die in zentralen Unterkünften zusammengepferchten Geflüchteten wurden stattdessen für Wohnungsmangel verantwortlich gemacht. Im Main-Taunus-Kreis wollte die AfD im März 2017 den Posten des Wohnungsbaukoordinators abschaffen, weil der Kreis nicht zuständig sei.

Gesundheitspolitik

Auch in der Gesundheitspolitik finden sich klassische Ideologeme der extremen Rechten wieder. Neben der – wenn auch oft implizit – immer wieder zu Tage tretenden Hetze gegen Migrant*innen zeichnet sich vor allem bei der AfD immer wieder eine wirtschaftsliberale Grundhaltung ab, die dem Profil der „Kümmerer-Partei“ widerspricht.

Die Privatisierung kommunaler Kliniken und Krankenhäuser, durch die wirtschaftliche Interessen über das Wohlergehen der Patient*innen gestellt werden, steht seit Jahren in der Kritik. Einige Anfragen der AfD offenbaren, dass die jeweiligen Fraktionen der Logik der Wirtschaftlichkeit folgen, statt dem Interesse einer zufriedenstellenden Versorgung der Patient*innen. Die AfD im Kreistag Hersfeld-Rotenburg erkundigte sich im September 2019 nach dem Zuschussbedarf des örtlichen Klinikums. Auch im Kreistag Main-Kinzig fragte sie, im September 2020, nach der finanziellen Situation kommunaler Kliniken. Im Hochtaunuskreis beantragte die AfD die Auflösung des Radiologischen Zentrums. Im Kreistag Darmstadt-Dieburg (Hessen) wollte die Partei 2017 gar das Kreisklinikum privatisieren.

Immer wieder wird nach meldepflichtigen Infektionskrankheiten gefragt. Dabei geht es beispielsweise um HIV, Tuberkulose oder Krätze. Im September 2016 wurde von der AfD im Kreistag Bergstraße etwa ein Tuberkulose-Fall in einer Geflüchtetenunterkunft für die Frage nach Tuberkulose-Erkrankungen seit 2015 gefragt, im Mai 2018 wollte die AfD im Kreistag Fulda Auskunft zu Tuberkulose-Fällen in Krankenhäusern und bei Geflüchteten seit 2012.

Auch die REP im Kreistag Fulda erkundigten sich im Oktober 2015 nach „seuchenproblematischen Fällen“ „hinsichtlich der Flüchtlinge und Zuwanderer.“ In kaum verhohlenen Rassismus soll so ein Zusammenhang von Krankheiten und Migration hergestellt werden. Ähnlich diskriminierend sind Anfragen nach Masern-Impfquoten in bestimmten Bevöl-

kerungsgruppen oder explizit unter Asylbewerber*innen. Anders als offensichtlich erhofft, sind die Impfquoten gegen bestimmte Krankheiten unter Kindern mit Migrationshintergrund aber teilweise höher als im anderen Bevölkerungsteil. Eine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus hatte ergeben, dass es in Wohnquartieren von Besserverdienenden eine eher ablehnende Haltung gegenüber Impfungen gibt. In diesen Gegenden ist seit einigen Jahren auch der Zuspruch für Esoterik und Pseudomedizin überproportional sichtbar.

Spätestens seit der Einführung bzw. im Osten der Wiedereinführung der Masern-Impfpflicht im März 2020 – ziemlich zu Beginn der Corona-Pandemie – entdeckte auch die extreme Rechte ihre Ablehnung gegenüber Impfungen wieder. Schon in den Jahren davor hatte sich im Milieu aus Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsgläubigen eine kleine Szene von aktionistischen Impfgegner*innen herausgebildet. Aber auch schon vor mehr als 200 Jahren gab es ähnliche Debatten, nachdem 1807 im Königreich Bayern die Pocken-Impfung verpflichtend wurde. Fünf Jahre, bevor die Pocken-Impfpflicht durch Bismarck 1874 im gesamten Deutschen Reich eingeführt wurde, gründeten sich erste Organisationen von Impfgegner*innen – in Leipzig und Stuttgart. Auch Teile der NSDAP lehnten die Schulmedizin, weil „jüdisch-marxistisch“ durchsetzt, ab. Auch die Impfpflicht im „Dritten Reich“ wurde gelockert. Der anthroposophische Teil der Esoterik der 1880er Jahre war wesentlich durch antisemitische Grundtendenzen geprägt. Auch die Behauptung, Impfungen seien von jüdischen Ärzten erfunden worden, um Menschen krank zu machen und daraus Gewinn schlagen zu können, wurde schon 1881 publiziert.

Wankelmütige Corona-Positionen der AfD

Nach demselben, antisemitischen Muster wird heute behauptet, Georg Soros und/oder Bill Gates würden – u.a. mit der neuen 5G-Mobilfunktechnik – Menschen massenhaft schwächen oder sogar Corona übertragen. Mit Corona-Impfungen wiederum würden sie sich bereichern oder mit, den Impfstoffen beigemischten Mikrochips, die Bevölkerung versklaven. Von der aus den USA kommenden, sich aktuell auch in Deutschland ausbreitenden „Q-Anon“-Bewegung werden noch deutlich haarsträubendere Verschwörungen behauptet.

Seit kurz nach Beginn der ersten Phase der Corona-bedingten Kontaktbeschränkungen in Deutschland, Mitte März 2020, hat sich eine heterogene Szene entwickelt, die diese Beschränkungen aus zum Teil irrationalen Gründen ablehnt. In den Chatgruppen und Demonstrationen dieser neuen Bewegung findet sich – ähnlich wie vor 100 Jahren – eine bis-

her selten gesehene Bandbreite von Menschen unterschiedlichster kultureller und sozialer Herkunft sowie politischer Selbstverortung mit all ihren verschiedenen Symboliken. Zusammengehalten werden die Szenen durch den Glauben an irrationale Welterklärungen und rechten Ideologieelemente, insbesondere den Antisemitismus.

Nahezu sämtliche Parteien und Wähler*innengemeinschaften der extremen Rechten finden sich in diesem Milieu mehr oder weniger wieder oder versuchen, von der Dynamik zu profitieren. Dies zeigt sich auch in den kommunalen Gremien Hessens.

Im Kreistag Odenwald fragte die AfD schon Anfang Februar 2020 nach „Gerüchten, dass das Virus DNA-spezifisch generiert wurde und schon mit einem Patent belegt ist.“

In dieser Frühphase der Pandemie monierte die AfD auch im Bundestag noch die Zurückhaltung der Bundesregierung hinsichtlich notwendiger Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus. Im Mai 2020 wollte die AfD-Fraktion Vogelsberg Auskunft über Planungen für Vorrat an Schutz- und Notfallausrüstungen erhalten. Im April 2020 beantragte die AfD Wetterau (in holprigem Deutsch) „für die Wetterauer Bürger durch die Einführung einer Maskenpflicht im ÖPNV und in Geschäften vorsorglich eine ausreichende Menge an Gesichtsschutzmasken bereithalten zu können.“ Auch in Oberursel war die Partei im März 2020 noch von der Gefährlichkeit des Corona-Virus überzeugt und fragte u.a., was gegen die kommende „Vervielfachung der Mortalitätsrate“ getan werde.

Im Sommer 2020 schwenkte die Partei bundesweit darauf um, die Gefährlichkeit des Virus, teilweise gar die Pandemie selbst zu leugnen. Ziel war es offenbar, sich auch in diesem Politikfeld von den anderen Parteien abzuheben. Vorgebliches Verständnis für die Schwierigkeiten der „kleinen Leute“ und marktradikale Forderungen vertragen sich in der Ablehnung der verhängten Kontakteinschränkungen scheinbar gut. Ende August 2020 forderte die AfD Wetterau den „sofortigen Ausstieg aus staatlich angeordneten Covid-19 Schutzmaßnahmen und Vorschriften“, wozu auch die vier Monate vorher noch geforderten Masken gehörten. Im September 2020 wollte die AfD im Kreistag Hersfeld-Rotenburg alle zur Bekämpfung der Pandemie verhängten Beschränkungen aufheben lassen. Auch in der SVV Gießen sollte die Maskenpflicht in Schulen abgeschafft werden.

Seit Ende 2020 versucht die AfD, von der offensichtlich irrationalen, fundamentalen Ablehnung von Maßnahmen gegen das Virus abzurücken und stellt punktuell Kümmerer-Anträge. In der SVV Gießen forderte die AfD im November 2020 zur Entlastung Gewerbetreibender in der Corona-Krise eine Senkung des Gewerbesteuersatzes auf das gesetzliche Minimum. In der SVV Rodgau (Landkreis Offenbach) wollte sie einen Verzicht der Stadt auf Pachteinnahmen für durch die Stadt verpachtete Räumlichkeiten in der Gastronomie.

Auch klassische, rechte Feindbilder werden im Bereich Co-

rona-Politik weiter bedient. In Oberursel (Hochtaunuskreis) fragte die AfD im März 2020 nach angeblichen Verstößen gegen Quarantäneregeln in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber*innen. In Wiesbaden beantragte die AfD die Aussetzung des klimabedingten Verbots von Heizstrahlern, um der Gastronomie mehr Möglichkeiten zu geben, auch in der kalten Jahreszeit Gäste empfangen zu können. Gleichzeitig nutzte sie die Gelegenheit, um generell gegen den aus ihrer Sicht überdramatisierten „Klimanotstand“ zu agitieren.

Bildungspolitik

Im Bereich Bildungspolitik behandeln Initiativen extrem rechter Politiker*innen häufig tatsächlich relevante Fragen, wie den Zustand der Schulgebäude, Lehrer*innenmangel, Hygienemängel auf den Schultoiletten, kostenloses Mittagessen, Schulbusse oder die digitale Anbindung der Schulen. Aber auch in diesem Feld zeigen sich schnell die ideologischen Hintergründe. So wird nach dem Anteil von migrantischen Schüler*innen, Gewalt von muslimischen Schüler*innen oder die herbeifantasierte Bevorzugung von geflüchteten Kindern bei der Schulzuweisung gefragt. In Offenbach beantragte die AfD regelmäßige Schweinefleisch-Angebote, weil sich „nicht nach den Befindlichkeiten der ausländischen Mitbürger“ gerichtet werden dürfe. „Wir leben nun mal in Deutschland. Wem es nicht passt, muss es nicht essen.“, so die Fraktionsvorsitzende Christin Thüne.

Lernmethoden wie das „Schreiben nach Gehör“, durch die angeblich die deutsche Sprache gefährdet werde, werden als Problem dargestellt, wie im Frühjahr 2019 im Kreistag Groß-Gerau. Die AfD in der SVV Offenbach wollte im April 2017 per Antrag durchsetzen, dass Deutsch auf Schulgeländen zur Pflichtsprache wird.

Im Bereich der Sexualerziehung zog eine Broschüre über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für Fachkräfte in Kindertagesstätten eine Flut von Anträgen und Anfragen nach sich. Einige Anträge richten sich gegen die Thematisierung sexueller Vielfalt und eine Pädagogik der Vielfalt, welche die AfD als „Frühsexualisierung“ ablehnt, so etwa im Dezember 2016 im Kreistag Rheingau-Taunus.

Die AfD-Fraktion im Kreistag Fulda beantragte Ende 2016 eine Resolution gegen den neuen Sexualkundeplan der Landesregierung, mit dem „gegen das Votum [...] der katholischen Kirche“ die „Akzeptanz von Homo- und anderen Sexualitäten propagiert“ werde. Dagegen solle in der schulischen Erziehung die Familie aus „Vater, Mutter und Kindern“ zentral sein. Ein Antrag im Kreistag Offenbach wettete gegen Lehrplan und forderte ein „Indoktrinationsverbot des Staates“.

Anträge gegen zivilgesellschaftliche Organisationen

Seit jeher gehören Angriffe auf politische Gegner*innen für die extreme Rechte zu den wichtigsten Aktionsfeldern, so auch in Hessen.

Dies drückt sich in verschiedenen Anfragen aus. Mal geht es pauschal um die Frage der Förderung von Vereinen, häufiger jedoch um konkrete Träger oder Wohlfahrtsverbände (z.B. der AWO), im Kreistag Bergstraße und im Kreistag Fulda. Die AfD Rheingau-Taunus-Fraktion fragte im Juni 2016 nach Finanzen und Projekten des Arbeiter-Samariter-Bundes, etwa in der Geflüchtetenhilfe.

Ein weiteres Feld sind auch Angriffe auf kulturelle Projekte. Im Kreistag Main-Taunus thematisierte die AfD eine Faust-Inszenierung, die „als Integrationsprojekt deklariert wurde“. Die Verantwortlichen sollten wegen „fragwürdiger Inhalte“ in den Kulturausschuss zitiert werden. Die Aufzählung der angeblichen Vergehen beinhaltet diverse rassistische und islamfeindliche Stereotype. Der Kreis seinerseits solle sich „für mangelnde Neutralität und einseitige Beeinflussung der Kinder“ entschuldigen.

Häufig werden solche Initiativen mit Beschwerden über einen angeblich undemokratischen Umgang mit der jeweiligen rechten Partei verbunden. Im Kreistag Main-Taunus sollte im Juni 2016 der Präsident des Hessischen Landkreistages Erich Pipa darauf hingewiesen werden, dass er „der Neutralität verpflichtet“ sei, weil er nach der Kommunalwahl angekündigt hatte, die „demokratischen Parteien werden in den Kreistagen der AfD kraftvoll entgegenzutreten“. Der Kreistag Fulda sollte sich im September 2019 auf Antrag der AfD gegen FFF-Demonstrationen aussprechen, da Schüler*innen durch einen möglichen Kontakt „mit linksextremistischen Kräften“ gefährdet seien.

Häufig macht sich die AfD eine simple Form der Totalitarismus- und Extremismustheorie zunutze, nach der Nationalsozialismus und Kommunismus bzw. Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen zu verurteilen seien. Die damit verbundene Gleichsetzung der Verbrechen der jeweiligen Regime führt immer wieder zu einer Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Dies spiegelt sich auch in einem Antrag der AfD im Kreistag Fulda wider. Dort wollte die AfD erreichen, dass nicht nur Fahrten in Gedenkstätten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft finanziert werden sollten, sondern auch Fahrten in DDR-Gedenkstätten wie Bautzen. Damit solle „ein ausgewogenes Verhältnis bezüglich Nationalsozialismus zum Sozialismus angestrebt werden.“

Die AfD-Fraktion Groß-Gerau forderte den Kreistag auf, für die Umbenennung des zivilgesellschaftlichen „Netzwerkes gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ in ein „Netzwerk gegen Extremismus“ zu sorgen.

Auch der Vorwurf des „Linksextremismus“ bzw. der Kooperation mit diesem gehört zur Strategie der AfD. In einem Antrag der Fraktion im Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises, vom August 2018, wollte die AfD wissen, „ob es Aktivitäten, Vorbereitungs- und Rückzugorte linksextremistischer Gewalt im RTK (u.a. Antifa, Autonome, Rheingau bleibt bunt, Untertaunus gegen rechts, Bündnis Aufstehen gegen Rassismus Rhein-Main, Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Attac)“ gäbe und „Mitglieder des DGB bzw. Mitglieder oder Mandatsträger der SPD im RTK Verbindungen zu linksextremistischen Organisationen“ hätten.

Angriffe auf Gewerkschaften

Ohnehin gehören Gewerkschaften zu den traditionellen Feindbildern der extremen Rechten. In Frankfurt wollte die AfD im März 2017 den Magistrat unter der Überschrift ver.di - „Sta.si“ beauftragen, „Hinweise auf die Gewerkschaft ´ver.di` aus der Internetpräsenz der Stadt Frankfurt zu löschen“. Zur Begründung behauptete sie, ver.di habe „sich ein neues Aufgabenfeld erschlossen, das sich der in Diktaturen üblichen Methoden bedient.“ Hintergrund war eine ver.di-Veranstaltung unter dem Motto „Rechten Rattenfängern entgegenreten – auch in Betrieb und Dienststelle“, in der es um den „Umgang mit AfD und Konsorten“ gehen sollte.

In den letzten Jahren gab es mehrere Versuche rechter Gruppierungen, eigene Organisationen im Bereich Gewerkschaften zu etablieren. Neben der Kampagne „Werde Betriebsrat“ zu den Betriebsratswahlen 2018 wurden mit dem Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM!), der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer e.V. (AVA), der Alternativen Interessenvertretung der Arbeitnehmer (AidA) und der Alternative öffentlicher Dienst (AöD) mehrere eigene Arbeitnehmer*innenverbände gegründet, die bisher betrieblich ohne Relevanz geblieben sind. In der Automobilindustrie haben sich mit Zentrum Automobil e. V. (ZA) bei Daimler in Baden-Württemberg und der IG Beruf und Familie bei Porsche und BMW in Leipzig rechte Arbeitnehmer*innenlisten etabliert.

Auch aus den Reihen der Corona-Verharmloser*innen des „Demokratischen Widerstands“ hat sich Anfang August 2020 eine angeblich „Demokratische Gewerkschaft“ gegründet.

Die Zeitschrift der rechten rand hat sich im Frühjahr 2018 in einer Schwerpunktausgabe mit dem Thema „Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von rechts“ beschäftigt (siehe dazu Literaturliste).

Jugendpolitische Themen der AfD

von Benno Hafener

Die Auswertung von Anträgen, Anfragen und Debattenbeiträgen zu „Jugend“ und „Jugendpolitik“ zeigt auf kommunaler Ebene und im Hessischen Landtag, wie und mit welchen Interessen die AfD diese aufnimmt und thematisiert. Dabei geht es wiederholt um solche Aktivitäten von Jugendlichen und Trägern von Jugendarbeit/-bildung, um Einrichtungen der Jugend- und Kulturarbeit sowie um eine Förderungspolitik, die mit politisch-demokratischem Engagement, mit Emanzipation und Zukunftsthemen, mit alternativen Lebensformen und demokratischer Protestkultur verbunden ist.

Fünf Beispiele

Einige ausgewählte Beispiele belegen, wie die AfD jugendpolitische Themen und Aktivitäten in Kommunen und im Hessischen Landtag aufgreift, was sie kritisiert, infrage gestellt, denunziert und Förderungswürdigkeit anzweifelt:

- Wiederholt wird nach unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, nach den Regeln für die Altersfeststellung, nach den Kosten, der Unterbringung und Betreuung gefragt.
- Gefragt wird nach der Förderung der NaturFreunde u. a. mit der Formulierung, dass diese sich „den Idealen des demokratischen Sozialismus verpflichtet“.
- Gefragt wird nach linksradikalen und linksextremistischen Aktivitäten an Schulen, so nach dem Bildungskonzept der „antifaschistischen Bildungsinitiative“ (Antifabi) im Wetterauskreis – die Antifabi erhielt im Jahr 2014 für ihr Engagement den „Sozialpreis des Landkreises“.
- Die AfD-Fraktion im Frankfurter Römer fordert in ihrer „Bilanz 2016-2020“ u. a. unter der Überschrift „Linksextremismus“ und mit der Zuschreibung „linke Chaoten“, dass das ehemalige Polizeigefängnis und die Liegenschaft „In der Au“ zukünftig „sinnvoll und profitabel“ genutzt wird.
- In der Stadt Marburg fordert die AfD im Rahmen ihres Programms zur Kommunalwahl 2021 u. a. die Förderung das sozio-kulturell ambitionierten „Cafe Trauma“ einzustellen und die Gelder für das mit sozialem Engagement verbundene Kulturzentrum „KFZ“ zu überprüfen.

Vorgehen und Interesse – „Shrinking spaces“

Im Vorgehen der AfD sind zwei Varianten erkennbar: Es wird mehr verdeckt und indirekt, mit vermeintlich „neutralen“ Fragekatalogen nach der Förderung, nach den Aktivitäten, Referenten und der Kontrolle von Zuwendungen an Träger der Jugend- und Kulturarbeit gefragt; dabei dient vor allem die Frage nach der Wirtschaftlichkeit immer als Vorwand und Vehikel. Dann werden direkt und offen Träger, Einrichtungen und Aktivitäten angegriffen, ihnen wird – so das Feindbild der AfD – die Förderungswürdigkeit abgesprochen. Ein wesentliches Muster ist dabei die mit rechter Empörungspolitik verbundene Unterstellung und Etikettierung nicht „neutral“ und „linksradikal“ zu sein.

Die AfD verfolgt mit ihren jugendpolitischen Anfragen und Anträgen zweierlei: Sie sollen einschüchtern, unsicher und ängstlich machen, Rechtfertigung und auch Selbstzensur provozieren; dann inszeniert sich die AfD als „watchdog“, der angeblich kontrolliert und aufdeckt was in der Jugendpolitik aus ihrer Sicht problematisch ist und falsch läuft.

Es sind Interventionen aus der Oppositionsperspektive, und mit Versuchen der Einflussnahme sollen Stimmungen gegen Träger, Aktivitäten und Personen erzeugt werden. Sollte die AfD kommunal oder auf Landesebene einmal Möglichkeiten der Politikgestaltung bekommen, dann zeigen die bisherigen Thematisierungen und Forderungen in der Jugendpolitik, wohin die „Reise“ gehen soll: Handlungsspielräume und Pluralismus sollen eingeschränkt, die Träger- und Förderlandschaft soll verändert werden mit dem Ziel einer „neuen“ Jugendpolitik mit der Förderung von Trägern, die für eine angepasst-nationale, rechte und nationalistische Jugend stehen.

18
-
20

S.18
Argumentationstraining

S.19
Beratungsstellen

S.19
Seminare

S.20
Fortbildungen

Hilfe holen

Argumentationstraining

Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC)

Argumentationstraining

[Zur Seite](#)

DIAS-Demokratie in der Arbeitswelt stärken

Das Projekt DIAS richtet sich an interessierte Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte, JAVen, Vertrauensleute sowie Gleichstellungsbeauftragte. DIAS bietet Wissen und Unterstützung in den Themenbereichen Demokratie, Antidiskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus für Betriebe und Verwaltungen an. Ziel des Projekts ist es, ein vielfältiges, respektvolles Miteinander am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu fördern

[Zur Seite](#)

DGB Bildungswerk

Wie können wir mit offenem und unterschwelligem Rassismus im beruflichen und privaten Alltag souverän umgehen?

[Zur Seite](#)

Beratungsstellen

Gelbe Hand

Für junge Aktive gibt es eine Beratungs- und Fachstelle:

[Zur Seite](#)

Beratungsnetzwerk-Hessen

Beratungsangebote und Meldestellen bei Hass und Hetze im Netz

[Zur Seite](#)

Beratungsangebote für Betroffene von rassistischer oder antisemitischer Diskriminierung und Gewalt im Rahmen des Demokratiezentrum Hessen

[Zur Seite](#)

Seminare

Seminare des DGB Bildungswerk (Bund)

Rechte Betriebsratslisten. Eine Gefahr für die Demokratie in der Arbeitswelt?

[Zur Seite](#)

DGB Bildungswerks Hessen

Bildungsurlaubsseminare

[Zur Seite](#)

Arbeit und Leben Hessen

Bildungsurlaubsseminare

[Zur Seite](#)

Fortbildungen

Fortbildung für Multiplikator*innen des NDC

„Ich bin ja kein Nazi, aber...“ - Basiswissen zu Alltagsdiskriminierung, reaktionär-autoritären Strömungen und Neonazismus

[Zur Seite](#)

Die Gelbe Hand

Bildungsmodule zur betrieblichen Auseinandersetzung mit Schwerpunkt Ausbildung

Werde aktiv im Betrieb

Informiere dich

Good practice-Datenbank

[Zur Seite](#)

[Zur Seite](#)

[Zur Seite](#)

DGB Hessen-Thüringen

Jugendbildungsprogramm

[Zur Seite](#)

Aktiv werden

1. Umgang mit der AfD und ihren Funktionären

Der DGB schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD aus.
Das bedeutet:

1. Abgeordnete der AfD, ihre Parteifunktionärinnen, Parteifunktionäre, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger stehen mit ihren gewerkschaftsfeindlichen Diskussionen gegen die Grundwerte der DGB-Gewerkschaften.
2. Der AfD werden keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung gestellt.
3. Funktionärinnen, Funktionäre, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden nicht zu vom DGB organisierten Veranstaltungen eingeladen.
4. Der DGB klärt über die rechtspopulistischen und gewerkschaftsfeindlichen Ziele und Vorstellungen der AfD in unseren Organisationen und in der Gesellschaft auf.
5. In Betrieben und Verwaltungen, in Mitgliederversammlungen und in der Öffentlichkeit werden die Werte des DGB gestärkt und beworben und unsere Ansprüche werden offen diskutiert.
6. Der DGB beteiligt sich aktiv an Bündnissen und Protesten gegen Veranstaltungen der AfD.

2. Aktionsideen gegen Rechts

Coronahinweis: Bei jeder Aktion gegen Rechts sollte die Sicherheit der Teilnehmenden bedacht werden. Unter Pandemiebedingungen ist die Herausforderung noch größer. Es muss verhindert werden, dass sich Teilnehmende untereinander anstecken, auf das Tragen von Masken und Einhalten von Mindestabständen muss geachtet werden. Bei einer Menschenkette kann Absperrband gewährleisten, dass die Abstände eingehalten werden können. Außerdem gibt es im rechten Spektrum zahlreiche Menschen, die die Gefahr des Virus infrage stellen. Auch hier ist besondere Vorsicht geboten.

2.1. BRAUNER PUNKT

Vorbereitungszeit: ca. 1 h

Durchführungszeit: beliebig

Nachbereitungszeit: 10 Minuten Nazi-Müll entsorgen.

Ort: öffentlicher Raum nahe Nazi-Info-Stand

Material: Mülltonnen oder große Mülltüten. Aufkleber/Zettel mit „Hakenkreuz in Tonne“ Piktogramm. Ggf. Kleber oder Klebeband. Evtl. eigenes Info-Material und Umhängetasche.

Teilnehmende: 4 bis 10 Personen

Beschreibung: In Anlehnung an den grünen Punkt soll die Nazi-Propaganda ihrer Info-Stände einen sinnvolleren Zweck erfüllen und dem Recycling-Kreislauf zugeführt werden.

Vorbereitung: Überlegt euch, wie ihr die Passant*innen anspricht, um in der sehr kurzen Kontaktzeit des Vorbeilaufens, sie zum Mitmachen zu bewegen.

Durchführung: Stellt euch in 2er-Teams mit den Tonnen/Säcken in der Nähe des Nazi-Standes auf. Ermuntert Passant*innen sich dort Info-Material zu holen und es sofort bei euch zu entsorgen. Ggf. laufen 2 Personen mit eigenem Info-Material rum und verteilen.

2.2. MENSCHENKETTE

Vorbereitungszeit: 1 h, falls Ansprachetext benötigt

Durchführungszeit: beliebig

Nachbereitungszeit: keine

Ort: öffentlicher Raum nahe Nazi-Info-Stand

Material: Grds. Keins. Evtl. eigenes Info-Material und Umhängetasche. Ggf. Megaphon für Ansprache.

Teilnehmende: hängt von Größe und Lages des Infostandes ab. Auf jeden Fall deutliche Überzahl herstellen.

Beschreibung: Mit einer Menschenkette soll der Zugang zum Info-Stand der Nazis blockiert bzw. dieser isoliert werden.

Vorbereitung: Überlegt euch eine kurze Ansprache, um Passant*innen die Aktion zu erklären.

Durchführung: Bildet eine Menschenkette, welche den Infostand mit ordentlichem Abstand dazu umschließt. Ggf. laufen 2 Personen mit eigenem Info-Material rum und verteilen. Eine weitere Person hält die Ansprache in regelmäßigen Abständen.

Zum Weiterlesen: 25 Aktionen gegen Neonazis und menschenverachtendes Denken und Handeln

Zur Seite

3. Argumentationshilfen

Diffamierung von Gewerkschaften, Verschwörungstheorien, Rassismus sind Teil eines rechten Weltbilds, aber auch jenseits rechter Strukturen weit verbreitet. Die Argumente der Gegenseite zu kennen und Ansatzpunkte zu haben, an denen die eigene Argumentation ansetzt, kann neben der praktischen Übung in Handlungstrainings (VERWEIS) helfen.

DGB NRW: Argumente gegen Rechtspopulismus

[Zur Seite](#)

24
-
25

S. 24

DGB Broschüren und Handreichungen

S. 24

Literatur zum Thema Rechtspopulismus und Arbeitswelt

S.25

Links und Artikel zum Thema AfD und extreme Rechte in Hessen

Literatur Tipps

DGB Broschüren und Handreichungen:

DGB Blickpunkt - Eine »Arbeiterpartei für Deutsche«? Der Sozialpopulismus der AfD (September 2019)

[Zur Seite](#)

DGB-Jugend: Blickpunkt Die Identitäre Bewegung

[Zur Seite](#)

Argumentationskarten gegen Rechtspopulismus (DGB NRW / August 2020)

[Zur Seite](#)

Literatur zum Thema Rechtspopulismus und Arbeitswelt

Schwerpunktausgabe des Magazin „**der rechte rand**“ zum Themenkomplex Gewerkschaften und extreme Rechte/ Rechtspopulismus (Mai 2018). Artikel u.a. zu: Gewalt gegen Gewerkschafter*innen, Arbeitnehmervertretungen in der AfD, rechte Betriebsratslisten; Soziale Frage von rechts, 1. Mai als Kampftag der Neonazis.

Mit Beiträgen von: Annelie Buntenbach, Hans-Jürgen Urban, Sebastian Wehrhahn (ver.di), Giovanni Pollice (Vorsitzender „Gelbe Hand), Sascha Schmidt (DGB)

[Zum Download](#)

Klaus Dörre, Karina Becker (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit - Verteilungskämpfe - populistische Revolte, Frankfurt 2018, Frankfurt.

[Zur Seite](#)

Brinkmann, Ulrich et. al.: Solidarität und Skepsis - Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg VSA Verlag 16.80 €

[Zur Seite](#)

Links und Artikel zum Thema AfD und extreme Rechte in Hessen

Hafenecker, Benno / Jästedt, Hannah: AfD im Hessischen Landtag Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen, Wochenschau-Verlag 2020, 14,90 €

Hafenecker, Benno / Jästedt, Hannah / et. al.: AfD in Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure – Eine Studie zur Politik von AfD-Fraktionen in kommunalen Parlamenten in Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen, Frankfurt 2018, Wochenschau-Verlag, 14,90 €

Die AfD in Hessen

Eine Bewertung nach der Auflösung des ‚Flügels‘

Schmidt, Sascha: Interview-Videoreihe vom Moment mal (Sommer 2020)

Nach Kalbitz-Ausschluss und Flügelauflösung: Alles sauber in der AfD?

Flügelanhänger*innen in führenden Positionen der AfD-Hessen

Wie normal ist völkischer Nationalismus in der AfD Hessen?

[Zum Video](#)

[Zum Video](#)

[Zum Video](#)

Artikel von Sascha Schmidt

„Strömungsübergreifende Geschlossenheit“ (März 2020) Zur Auflösung des »Flügel« in Hessen.

„Keine Überraschung“ - Bewertung des Einzugs der AfD in den Hessischen Landtag (Dezember 2018)

Die extreme Rechte in Hessen – Eine Zustandsbeschreibung der militanten Szene (April 2020)

[Zur Seite](#)

[Zur Seite](#)

[Zur Seite](#)

Schröder, Wolfgang et. al.: Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts Interventionsversuche und Reaktionsmuster (Broschüre der Otto-Brenner-Stiftung)

[Zum Download](#)

Impressum

V.i.S.d.P.: Michael Rudolph, DGB Bezirk Hessen-Thüringen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main

Internet: www.hessen-thueringen.dgb.de

Texte: Tilo Giesbers, Benno Hafener, Sascha Schmidt, Martin Hünemann, Alexandre da Silva

Redaktion: Sascha Schmidt, Alexandre da Silva

Layout: Ogulcan Basaran

Uhrheber der Bilder

1. https://unsplash.com/photos/26KAtlj00sc?utm_source=unsplash&utm_medium=referral&utm_content=creditShareLink
2. 112012523_dotshock_123rf.com
3. https://unsplash.com/photos/zoPDNCjmHsM?utm_source=unsplash&utm_medium=referral&utm_content=creditShareLink